

Die Erfahrungen der anderen

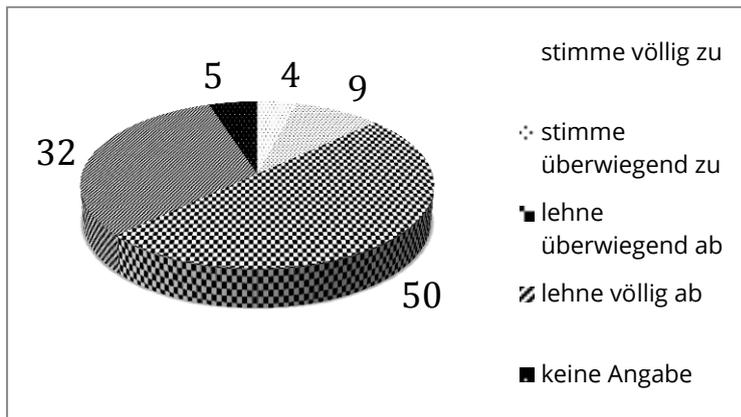
Zur Konstruktion ostdeutscher Identität(en)

Ronald Gebauer

Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »Ostdeutsche Verwerfungen: Der lange Schatten der ökonomischen Abwertung«

Fast 30 Jahre ist es nun her, dass Menschen in der DDR auf die Straße gingen, um in einer friedlichen Revolution eine Diktatur zu stürzen, die bürgerlichen Freiheitsrechte zu erkämpfen und auch die materiellen Vorzüge eines vereinten Deutschlands. Es war dies ein Aufbruch, in der die Menschen die Ängste abschüttelten, die ihnen von den damaligen Machthabern jahrzehntelang eingeredet wurden. Fast mag es angesichts dieses emanzipativen Kraftakts paradox anmuten, dass heute Ängste und Sorgen wieder so einen hohen Stellenwert haben. Schaut man auf die aktuell kursierenden Sorgen bzw. Ängste, ist es vorrangig die Besorgnis, dass Gewalt, Kriminalität und die Lebenshaltungskosten vor dem Hintergrund von zunehmenden internationalen Konflikten und Stellvertreterkriegen und der damit verbundenen Anzahl von Flüchtlingen ansteigen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden – Sorgen, die keineswegs nur in den ostdeutschen Bundesländern grassieren. Allerdings ist die Situation in Ostdeutschland eine besondere, da hier Menschen, die solche Ängste umtreiben, offenbar *eher* bereit sind auf die Straße zu gehen, eine Tendenz, die durch politische Scharfmacher/innen, die diese Ängste politisch instrumentalisieren wollen, schamlos ausgenutzt wird.

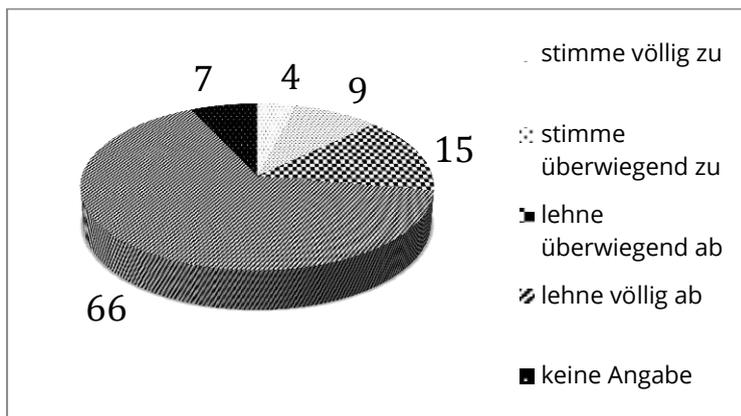
Hinzu kommt die Unzufriedenheit mit der demokratischen Verfasstheit und mit der materiellen Situation als relative Deprivation. In einer Auswertung des Thüringen-Monitors aus dem Jahr 2017 ist erkennbar, dass der Aussage „Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen“ nur 13 Prozent der befragten Thüringer/innen überwiegend oder völlig zustimmen konnten (vgl. Abbildung 1). 82 Prozent lehnten diese Auffassung überwiegend (50 Prozent) oder völlig ab (32 Prozent).



Quelle: Thüringen-Monitor 2017, Tabelle A 15

Abbildung 1: Antworten auf die Frage: „Stimmen Sie der Aussage ‚Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen‘ zu?“ (in Prozent).

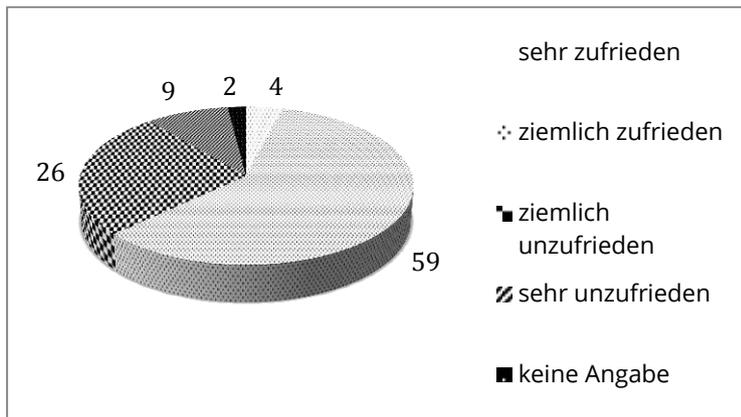
Im Umkehrschluss dazu ist jedoch die Akzeptanz der Diktatur als Staatsform nicht höher, vor allem, wenn sie eine nationalistische Basis hätte (vgl. Abbildung 2).



Quelle: Thüringen-Monitor 2017, Tabelle A 40

Abbildung 2: Antworten auf die Frage: „Stimmen Sie der Aussage ‚Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform‘ zu?“ (in Prozent)

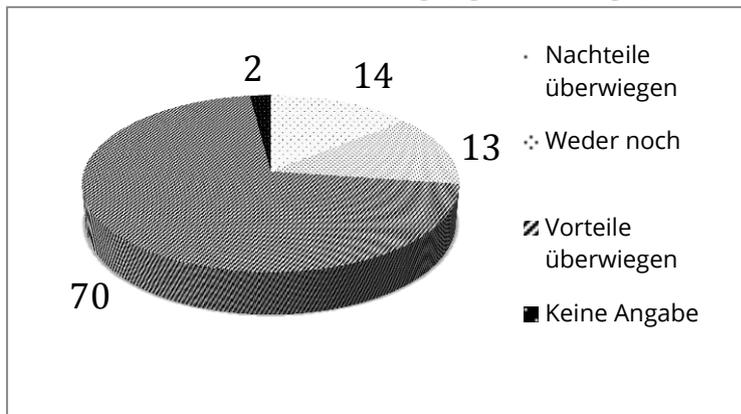
Auch die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland, so wie sie in der Praxis funktioniert, ist lange nicht so hoch, wie man nach dem Erstgesagten befürchten könnte, auch wenn sich etwas über ein Drittel der Befragten in Thüringen in genau dieser Weise äußerten (vgl. Abbildung 3).



Quelle: Thüringen-Monitor 2017, Tabelle A 16

Abbildung 3: Antworten auf die Frage: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?“ (in Prozent)

Ähnlich ist die relative Deprivation in Hinsicht auf die Benachteiligung des östlichen Teils Deutschlands eher als mäßig zu betrachten. Hier gaben 70 Prozent der Befragten in Thüringen an, dass für sie im Ganzen persönlich die Vorteile der Vereinigung Deutschlands überwiegen, wohingegen 13 Prozent bekunden, dass sich Vor- und Nachteile die Waage halten und weitere 14 Prozent, dass für sie das Pendel zu den Nachteilen ausschlägt (vgl. Abbildung 4).

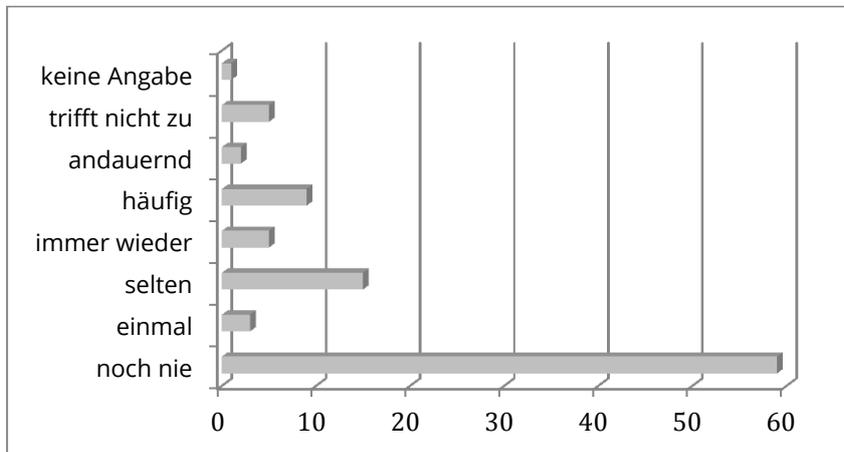


Quelle: Thüringen-Monitor 2017, Tabelle A 10

Abbildung 4: Antworten auf die Frage: „Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?“ (in Prozent)

Immerhin erhalten wir mit diesen Statistiken einen Hinweis darauf, dass das demokratische System der Bundesrepublik und die Gewinn-/Verlustbilanz der Vereinigung Deutschlands bzw. ihrer Folgen von der ostdeutschen (bzw. hier Thüringer) Bevölkerung sehr unterschiedlich bewertet werden, wobei ein nicht unbeträchtlicher Teil mit der gegenwärtigen Situation unzufrieden ist. Bei näherer Beschäftigung ist aber fraglich, ob das Konzept der relativen Unzufriedenheit bzw. Deprivation dem Phänomen von Abwertung und Abwertungserfahrungen umfassend gerecht wird. Wenn es so wäre, würde das bedeuten, dass sobald sich die materiellen Lebensbedingungen in Ostdeutschland verbessern, sich auch die Unzufriedenheit von Ostdeutschen nachhaltig verringert. Dass es so nicht sein kann, vermittelt wiederum der Thüringen Monitor 2017 (vgl. Abbildung 5). Hier äußerten 16 Prozent der Befragten, dass sie immer wieder, häufig oder andauernd aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft persönlich benachteiligt wurden oder werden. Insofern kommt es darauf an, sich mit den Gründen zu beschäftigen, warum Menschen abgewertet werden oder wurden bzw. sich abgewertet fühlen, wie solches vermie-

den und falls doch schon erlebt, biographisch besser eingeordnet werden kann. Insgesamt öffnet dies den Blick für eine Tiefendimension von Abwertungserfahrungen. Damit sind die Biographien der Ostdeutschen gemeint, in denen neben unbestreitbaren Erfolgen auch Verlust- und/oder Abwertungserfahrungen unauslöschbare Spuren hinterlassen haben.



Quelle: Thüringen-Monitor 2017, Tabelle A11

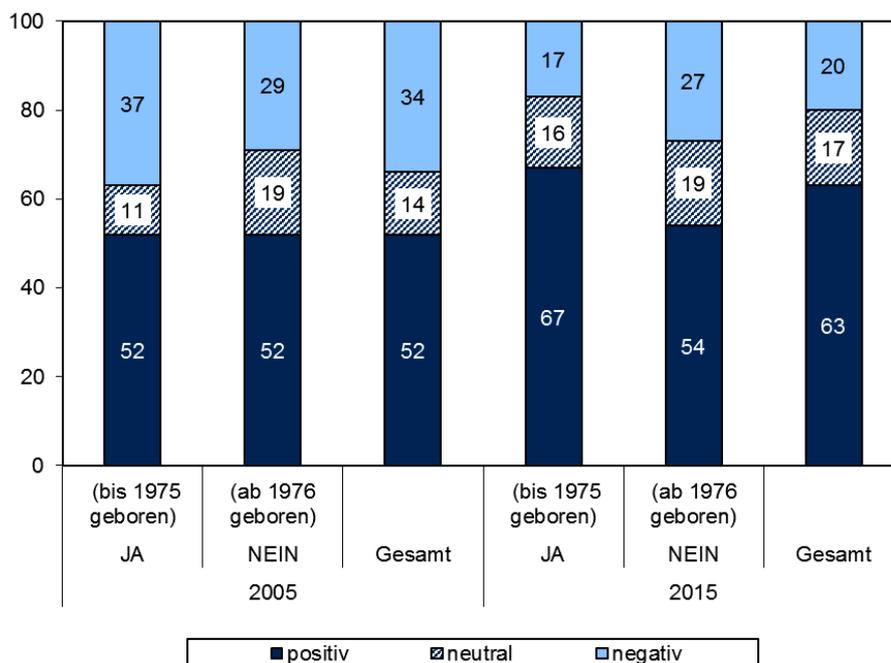
Abbildung 5: Antworten auf die Frage: „Wenn Sie jetzt an Ihre eigenen Erfahrungen denken: Wurden Sie persönlich schon aufgrund Ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt?“ (in Prozent)

Um sich darauf einzulassen zu können, ist es angeraten, diese Biographien auch aus einer Perspektive der Erinnerung bzw. Erinnerungskultur zu betrachten und westdeutschen Lebensläufen und Erfahrungen bzw. Erinnerungen gegenüberzustellen. Vielleicht könnte dieser Versuch missinterpretiert werden, dass damit versucht wird, das Thema „Abwertungserfahrungen“ aus seinem Gegenwartsbezug zu lösen. Das ist aber ganz und gar nicht der Fall, denn Erinnerung ist als Teil der Gegenwart zu verstehen oder wie es Bernd Faulenbach einmal ausdrückte: „Erinnerung heißt ja, ein Stück Vergangenheit in die Gegenwart hineinholen, zu vergegenwärtigen“ (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. 2012). Dabei ist zu beachten, dass die Erinnerungslandschaft in Deutschland als Ganzes, aber auch in den ostdeutschen Bundesländern nicht homogen ist. Zudem ist es zweckmäßig zwischen kommunikativem und kulturellem Gedächtnis zu unterscheiden. Kommunikatives Gedächtnis als Erinnern von selbstgemachten Erfahrungen oder von Erfahrungen meist nahestehender anderer zeichnet sich dabei durch seine Alltagsnähe aus. Es konstituiert sich eben in der Kommunikation mit anderen, andere, die aber „[...] keine beliebige Menge, sondern Gruppen, die ein Bild oder einen Begriff von sich selbst, d. h. ihrer Einheit und Eigenart haben und dies auf ein Bewußtsein gemeinsamer Vergangenheit stützen“ (Assmann 1988, S.10), und es ist deshalb nicht erstaunlich, dass es zwischen diesen Gruppen, zum Beispiel zwischen Ost- und Westdeutschen kein kollektives Einverständnis über die Geschichte der DDR und über das jeweilige Nachwendesckicksal gibt, aber eben auch nicht zwischen DDR-Normalbürger/innen und Täter/innen sowie Opfer/innen des SED-Regimes (vgl. Leo 2003, S.28). Als Ursache ist an dieser Stelle mit Annette Leo zu vermuten, dass dieser Dissens die Gesellschaft in eben jene Gruppen spaltet, „[...] weil es um unterschiedliche Lebenserfahrungen geht: um die Auf- und Abwertung gelebten Lebens“ (Leo 2003, S.28).

Wie steht es nun um die Erinnerungen der Deutschen, zu ihren eigenen Lebensläufen vor und nach der Wiedervereinigung und wie bewerten sie die Erfahrungen der jeweils anderen? Zunächst einmal lässt sich feststellen, dass die Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 unter der ostdeutschen Bevölkerung als tiefer Bruch empfunden wurde, der den meisten angesichts des rasanten

Strukturwandels fast schier unglaubliche Anpassungsleistungen auferlegte. Vorneweg sind hier zu nennen, Jobverluste, die hauptsächlich die Normalbevölkerung und hier insbesondere Ältere und Frauen betrafen. Aber auch die ehemaligen DDR-Eliten in Wirtschaft und Verwaltung und anderen Bereichen waren davon betroffen, denn sie mussten häufig zumindest Statusverluste hinnehmen. Im Fall der Ex-Kader ist aber anzumerken, dass diese in nicht unbeträchtlichem Umfang in der Lage waren, ihre Erwerbsbiographien später wieder zu stabilisieren, indem sie die Chancen ergriffen, die sich unter den neuen Bedingungen boten (vgl. Gebauer 2012).

Wesentlich schlechter gelang dies – und hier auch im Vergleich zur Normalbevölkerung – hingegen den Marginalisierten und Verfolgten des SED-Regimes, die als Folge von repressiven und willkürlichen Akten sehr häufig über schlechte Schul- und berufliche Abschlüsse verfügen und auch mit den Auswirkungen der Repression (zum Beispiel körperliche, traumatische und andere psychische Belastungen, fehlendes oder geringe Selbstwertgefühle) zurechtkommen mussten. Somit waren sie von vornherein schlechter „anschlussfähig“ an den Arbeitsmarkt bzw. sind es noch immer (vgl. Arp et al. 2008). Insofern ist es sicherlich richtig, wenn man konstatiert, dass Ostdeutsche durch den wendebedingten biographischen Bruch alle ein gemeinsames „Schicksal“ teilen (vgl. Leo 2003, S.28), aber zutreffend ist auch, dass sie unterschiedliche Vor- und Nachwendeschicksale haben. In der Abwehr gegenüber aus ihrer Sicht nicht selbst erlebten, wenn man so will nicht-authentischen, Erinnerungen, entwickelten viele von ihnen die lebensweltlich-biographisch geprägte und entpolitisierte Globalbewertung der Vorgänge in der DDR und der Nachwendezeit, wie sie sich uns heute präsentiert (vgl. Abbildung 6). Die DDR erhält dabei besonders im Bereich der sozialen und allgemeinen Sicherheit (Sicherheit des Arbeitsplatzes, Angst vor kriminellen Übergriffen, Qualität der medizinischen Behandlung und beruflicher Aufstieg) nach wie vor bessere Noten als das heutige seit mehr als 25 Jahren vereinte Deutschland (vgl. Ritter, Beuermann 2008, S. 47, Abbildung 9).



Quelle: Thüringen-Monitor 2015

Abbildung 6: „Heutige“ Einstellung zur DDR nach Zugehörigkeit zur DDR-Erlebnisgeneration 2005 und 2015 (in Prozent)

Konträr zu den Entwicklungen in den ostdeutschen Bundesländern wurde im Westen Deutschlands, und auch das ist nichts Neues, die Wiedervereinigung meist nicht als biographischer Bruch erlebt, sondern weitgehend als Kontinuität. Zwar war die Altbundesrepublik längst ebenfalls in eine Phase der Transition eingetreten, aber das Zeitfenster dieser Wandlungsprozesse war ein viel größeres, das Tempo war also im Vergleich zur Transformationen in den ostdeutschen Bundesländern wesentlich langsamer und die Veränderungen konnten demzufolge viel besser in die Lebenswelt und die Biographien der Altbundesbürger/innen eingeholt werden. Beispielhaft sei an dieser Stelle nur auf den sich seit den 1960er und 1970er Jahren vollziehenden Vormarsch von Dienstleistungsberufen bzw. -tätigkeiten verwiesen und die ansteigende Erwerbsbeteiligung von Frauen. Dazu kommt, dass dieser Strukturwandel und die damit verbundenen Anpassungsleistungen durchaus auch positiver bewertet wurden bzw. werden.

Wie sprechen nun aber Westdeutsche über Ostdeutsche und umgekehrt? Da es bis 1990 keine gemeinsam geteilten Erinnerungswelten gibt, sprechen Westdeutsche, wenn sie sich über die DDR und/oder über Ostdeutsche äußern, vorwiegend in der Außenperspektive über Themen, die zum Beispiel den diktatorischen Charakter des Sozialismus betreffen. Oder sie äußern sich über die Nachwend-Transferleistungen und der dennoch in den ostdeutschen Bundesländern vorherrschenden Unzufriedenheit oder dem (aus ihrer Sicht) Anspruchsdenken Ostdeutscher. Es ist klar, dass diese Erinnerungen und Vorurteile Ost-West (hier lebensweltlich dominierte Innensicht, dort Außenperspektive) aufeinanderprallen müssen. Kritisch anzumerken ist, dass Vorurteile in den ostdeutschen Bundesländern, das legen die vorliegenden Statistiken nahe, ausgeprägter sind. Einer GfK-Studie aus dem Jahr 2015 (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2015) zufolge, sehen ostdeutsche Befragte öfter Unterschiede bzw. Vorurteile, die sie Westdeutschen zuschreiben als umgedreht: So etwa Arroganz, Besserwisserei und Egoismus (vgl. Abbildungen 7 und 8).

Ostdeutsche sind/haben ...

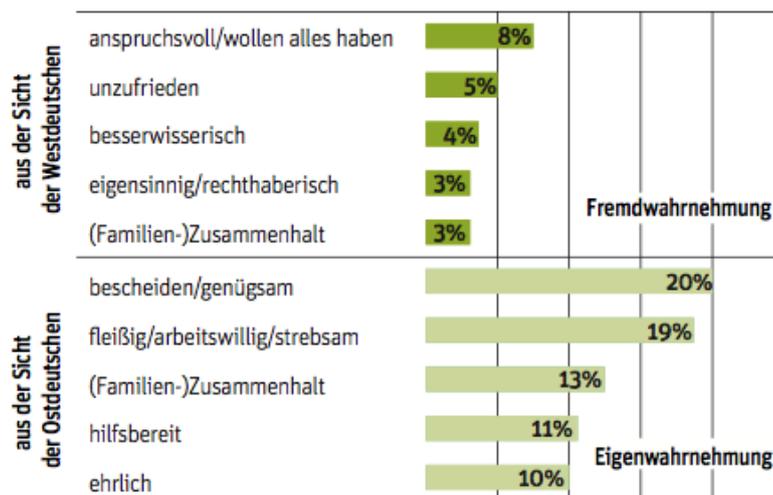
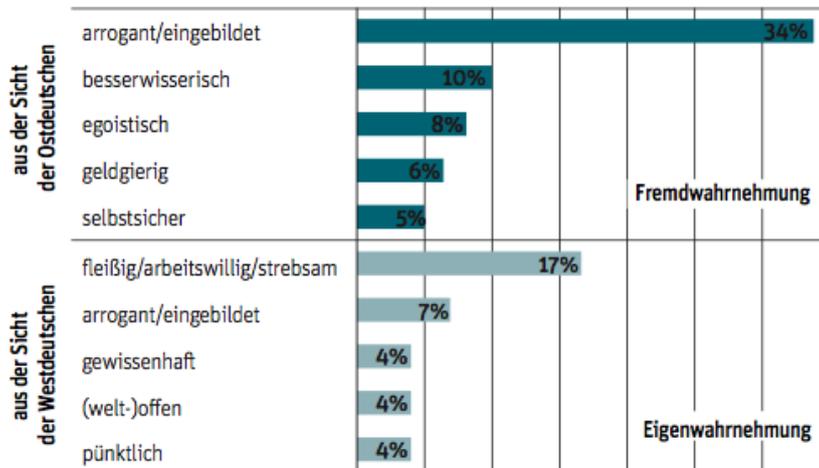


Abbildung 7: Fremd- / Eigenwahrnehmung der ostdeutschen Bevölkerung

Westdeutsche sind/haben ...



Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2015, S.56)

Abbildung 8: Fremd- / Eigenwahrnehmung der westdeutschen Bevölkerung

Mildernd ließe sich in dieser Frage vermuten, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der ostdeutschen Bevölkerung eben tatsächlich persönlich negativere Erfahrungen beispielsweise mit westdeutschen Vorgesetzten gemacht hat und dass die davon Betroffenen deshalb an dieser Stelle ihrem Unmut Luft machen. Menschen in den westdeutschen Bundesländern haben hingegen die Folgen der Einheit persönlich nicht selbst erlebt, haben seltener direkt negative Erfahrungen mit Ostdeutschen gemacht und stellen aus dieser Distanz heraus insgesamt weniger Generalisierungen zu ihren ostdeutschen Nachbar/innen an, die zudem eben häufig nur medial vermittelt sind (zum Beispiel Ausländerfeindlichkeit, Obrigkeitshörigkeit, leichtere Beeinflussbarkeit).

Wenn man sich mit solchen Erinnerungen und Vorurteilen beschäftigt, stellt sich die Frage, ob bzw. wie diese abgebaut werden könnten, wie etwa durch Politik und Medien. Wenn man sich den Medien zuwendet, ergeben sich dem Anschein nach jedoch weniger Chancen, hauptsächlich deswegen, weil ihre Rezeption keine Beziehungsebene voraussetzt und insofern eine asymmetrische Kommunikationssituation überwiegt. Dennoch kann man Politik und Medien in der Pflicht sehen, neben den unbestreitbaren Erfolgen der Transformation Ostdeutschlands endlich auch eine unabhängige Aufarbeitung der Fehler zuzulassen bzw. zu thematisieren (zum Beispiel Treuhand). Neben dieser unverzichtbaren und von einem demokratischen System auch einforderbaren Leistung können die Chancen eines Abbaus von Vorurteilen und eines Copings mit Abwertungserfahrungen ganz woanders gesehen werden, beispielsweise in Kontakten und dem Reden über negative Erfahrungen/Erinnerungen. Wie die vorhin bereits zitierte GfK-Studie belegt, hatten 2012 erst etwa 70 Prozent der Westdeutschen mindestens ein einziges Mal Kontakt zu Ostdeutschen gehabt, während 80 Prozent der Ostdeutschen schon Anfang der 1990er Jahre Kontakt zu Westdeutschen hatten. Immer noch ist aber gerade der wiederholte Austausch in beiden Landesteilen nicht der Regelfall: Nur 11 Prozent der im Westen Lebenden pflegt regelmäßige Kontakte, während es in Ostdeutschland ein Drittel ist (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2015, S. 57). Es ist anzunehmen, dass es solche leider nach wie vor zu seltenen regelmäßigen Kontakte sind, die dafür geeignet wären, negative Erfahrungen zu entschärfen und biographisch als nicht mehr oder nur noch selten schmerzende Narbe einzuordnen.

Besonders dienlich können hierbei Austauschmöglichkeiten in Foren sein, in denen über Vergangenheit und Gegenwart, Selbstverständnisse und Identitäten, Verluste und Erfolge gesprochen wird, wie zum Beispiel bei dem jüngst im Museum für bildende Kunst in Leipzig stattgefundenen Workshop bzw. *Offenen Stammtisch* „Heimatverlust und Identität“, der in Verbindung zur Ausstellung „Ayşe Erkman & Mona Hatoum. Displacements/Entortungen“ (18.11.2017 – 18.02.2018) zum Thema Flucht und Vertreibung für Besucher/innen des Museums konzipiert wurde (vgl. Huwig, Salzhuber 2018). Eingeladen und zugegen waren hier Vertreter/innen von Vereinen und Verbänden, die mit dem Thema zu tun haben sowie Interessierte und Besucher/innen der Ausstellung, Angehörige verschiedener Berufsgruppen (seien es Ostdeutsche, Flüchtlinge, bzw. Migrant/innen oder Westdeutsche). Ziel war es, die Teilnehmenden zu einem Austausch ihrer Erlebnisse zu bewegen und sich darüber Gedanken zu machen, was Kunst damit zu tun hat bzw. was Kunst in dieser Frage leisten bzw. bewirken kann. Um den Austausch auch denjenigen zu ermöglichen, die in einer größeren Gruppe nicht über ihre Erinnerungen sprechen können, wurde ihnen die Gelegenheit geboten, darüber in vier Kleingruppen zu maximal vier bis fünf Personen (sogenannte „Murmelgruppen“) zu sprechen, um die Ergebnisse, falls gewünscht, dann in der späteren größeren Runde zu diskutieren. Dabei wurden selbstverständlich auch Wendeschicksale thematisiert, und wie hier beabsichtigt, ein Auseinandersetzung mit schmerzvollen Erfahrungen von anderen Menschengruppen angeregt.

Literatur

- Arp, Agnès u. a. 2008. Zur sozialen Lage der SED-Opfer. In *Zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen*, Hrsg. Heinrich Best und Michael Hofmann, 67–114. Erfurt: Forschungsbericht für das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit des Freistaates Thüringen.
- Assmann, Jan. 1988. Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In *Kultur und Gedächtnis*, Hrsg. Ders. und Tonio Hölscher, 9–19. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. 2015. *So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist*. Berlin.
- Best, Heinrich, Steffen Niehoff, Axel Salheiser und Lars Vogel. 2017. *Thüringen Monitor 2017*. Friedrich-Schiller-Universität Jena, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration.
- Best, Heinrich, Steffen Niehoff, Axel Salheiser und Katja Salomo. 2015. *Thüringen Monitor 2015*. Institut für Soziologie, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Gebauer, Ronald. 2012. Cadrelites? Career Continuity, Discontinuity, or Disruption of former Socialist Elites in the Early 1990s. An Event History Analysis on the Basis of Statistically Matched Data. *Historical Social Research, Special Issue* 37(2):139–152.
- Huwig, Kirsten und Bettina Salzhuber. 2018. Rausgehen um reinzukommen. Aktive Besucherpartizipation im Museum der bildenden Künste Leipzig. In *Heimat(en) und Identität(en). Museen im politischen Raum*, Hrsg. Rainer Wenrich, Josef Kirmeier und Henrike Bäuerlein, 215–225. München: kopaed.
- Leo, Annette (2003): Keine gemeinsame Erinnerung. *APUZ*, B40-41:27-32.
- Ritter, Thomas und Marc Beuermann. 2008. Die Akzeptanz des Wiedergutmachungsprozesses in Thüringen – Auswertung einer telefonischen Haushaltsbefragung. In *Zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen*, Hrsg. Heinrich Best und Michael Hofmann, 39–66. Erfurt: Forschungsbericht für das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit des Freistaates Thüringen.
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. 2012. *Fünf Fragen an Prof. Dr. Bernd Faulenbach*. Interview im Rahmen eines vom Volksbund und der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Seminars „Zur Konkurrenz der Erinnerungskulturen“. <https://www.volksbund.de/partner/projekt-partner/friedrich-ebert-stiftung/seminar-konkurrenz-erinnerungskulturen-2012/interview-mit-prof-dr-bernd-faulenbach.html> (Zugegriffen: 15.01.2019).